

Stadt Zürich Gemeinderat Parlamentsdienste Stadthausquai 17 Postfach, 8022 Zürich

Tel 044 412 31 10 Fax 044 412 31 12 gemeinderat@zuerich.ch www.gemeinderat-zuerich.ch

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 216. Ratssitzung vom 19. März 2014

4819. 2013/203

Motion von Mauro Tuena (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 05.06.2013: Kündigung der Mitgliedschaft bei der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS)

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

Mauro Tuena (SVP) begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 3992/2013): Mit der Kündigung der Mitgliedschaft bei der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) verabschieden wir uns nicht vom Sozialhilfegesetz. Mit dem Austritt aus dem privaten Verein SKOS sagt man lediglich, dass man mit der dortigen Handhabung nicht einverstanden ist. Dieses System muss überarbeitet werden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Martin Waser: Der Verein besteht aus etwa 1000 Mitgliedern, alle Kantone sind dort dabei. Die SKOS ist dafür verantwortlich, dass in unserer Gesellschaft die Armen zu einer ausreichenden Versorgung kommen und eine Chance haben, aus dieser Armut auch wieder herauszukommen. Sozialhilfe ist immer individuell. Natürlich gibt es auch renitente Fälle, das heisst aber nicht, dass diese Sozialhilfeempfänger grundsätzlich ihre Bürgerrechte verlieren.

Weitere Wortmeldungen:

Peter Küng (SP): Eine Demokratie baut auf Rechtsstaatlichkeit auf. Sozialhilfebezug ist kein Almosen, sondern ein bestehender Rechtsanspruch.

Roland Scheck (SVP): Untersuchungen haben gezeigt, dass im Kanton Zürich Sozialhilfebezüger besser gestellt sind als über 8000 Steuerzahler, die mit einem bescheidenen Einkommen ihren Lebensunterhalt selber bestreiten. Deshalb kann an den SKOS-Richtlinien etwas nicht stimmen. Sie fördern mit einem Bonus-System einen falschen Anreiz.

Samuel Dubno (GLP): Die Motion hat keine Wirkung, weil die SKOS-Richtlinien im Kanton verbindlich sind. Ob die Stadt Mitglied ist oder nicht, ändert nichts an der Anwendung dieser Richtlinien. Der einzige Weg eine Änderung herbeizuführen, wäre die Beibehaltung der Mitgliedschaft, um Vorschläge vorbringen zu können und letztendlich mitzuentscheiden.

Dr. Urs Egger (FDP): Die Probleme in der Sozialhilfe liegen am Übergang. Man wird keinen Schritt auf den Arbeitsmarkt machen, wenn dieser einen schlechter stellt als in



2/2

der Sozialhilfe. Um diese Situation zu ändern, müssen wir nicht aus der SKOS austreten, sondern unser eigenes System umstellen und andere Ansätze entwickeln.

Karin Weyermann (CVP): Zu den renitenten Fällen sei gesagt, dass meistens die Gemeinden formal etwas falsch machen.

Felix Moser (Grüne): Wenn wir aus der SKOS austreten, können wir die Sozialhilfe nicht selbst organisieren.

Andreas Kirstein (AL): Renitente gibt es überall, auch in den wohlhabenden Bevölkerungsschichten. Doch auch ein renitenter Steuerzahler ist immer noch ein Steuerzahler. Auch ein renitenter Sozialhilfebezüger hat sein Recht auf Sozialhilfe dadurch keineswegs verwirkt.

Urs Fehr (SVP): Die Richtlinien dürfen nicht so gestaltet sein, dass der Anreiz, Sozialhilfe zu beziehen grösser ist als die Eigenverantwortung, sich eine Arbeit zu suchen. Querulanten bekommen Gelder aus der öffentlichen Hand und müssen sich an diese Regeln halten.

Hans Urs von Matt (SP): Gäbe es die SKOS nicht, würde es einen Abstieg in die Ungerechtigkeit geben. Dann wäre Tür und Tor offen für einzelne Gemeinden, ein Sozial-Dumping einzuführen. Arbeit muss sich lohnen. Der Skandal sind nicht die SKOS-Richtlinien, sondern die Tieflöhne, die ausbezahlt werden.

Mauro Tuena (SVP): Die Sozialhilfe wurde geschaffen, um Menschen die unverschuldet in Notsituationen geraten sind, finanziell zu unterstützen. Man sollte sie jedoch nicht in diese Unterstützung einbetten.

Die Motion wird mit 22 gegen 91 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats	3

Sekretariat

Präsidium